

# Vom Umgang mit unserem Geld

## von Ulrich Friedrich Koch

Sie planen für sich und Ihre Familie ein Haus zu bauen. Die Miete für Ihre derzeitige Wohnung ist hoch, Tendenz steigend. Die Nebenkosten können nur indirekt beeinflusst werden wegen rechnerischer Umlageschlüssel. Das Mietshaus ist hellhörig. Familienzuwachs hat sich angekündigt, es wird eng werden. Es gibt also gute Gründe für dieses Ziel. Sie beauftragen einen Architekten mit der Planung und Kostenschätzung. Auf dieser Basis verhandeln Sie mit der Bank über Baudarlehen, da Ihre eigenen Ersparnisse nicht ausreichen. (Wer kann heute noch ein solches Bauvorhaben ohne Aufnahme von Kreditmarktmitteln verwirklichen?) Ein Jahr später, der Bauantrag ist eingereicht und Sie sind in Gedanken bereits in Ihr neues Eigenheim umgezogen, überrascht Sie Ihr Architekt mit der lapidaren Mitteilung, dass sich die Kosten für Ihr Bauprojekt entgegen der Schätzung verdoppeln werden: geänderte Vorschriften, falsche statische Berechnungen, der Nachbar macht Schwierigkeiten wegen Sonderwünschen. Was tun ?

So ähnlich ging es dem Bickenbacher Gemeindevorstand im Vorfeld der Aufstellung des Haushaltsplanes 2002 mit dem Projekt Umgehungsstraße (Nordanbindung Gewerbegebiet). Betrug die Kostenplanung für das Gesamtprojekt im Investitionsplan 2001 noch 7 Millionen Mark, so sah man sich jetzt genötigt, diesen Betrag auf 14 Millionen Mark nach oben anzupassen. Diese Rechnung wurde dann der Gemeindevertretung mit der Vorlage eines Entwurfes über den Haushaltsplan 2002 lapidar präsentiert.

Selbst hätte ich privat mein Bauprojekt abblasen müssen, denn woher soll die Million Mark kommen, wenn schon eine halbe Million nur unter äußersten Schwierigkeiten finanzierbar waren. Aber der Vergleich hinkt ja auch. Als privater Bauherr muss ich das Geld selbst zusammenbringen bzw. meiner Bank erklären, wie dieses Vorhaben noch seriös finanzierbar bleiben soll. Meine Familie sitzt mir im Nacken, weil die Lebensführung auch während der Phase der Baufinanzierung Mindeststandards erfüllen können muss und eine Überschuldung schon deshalb nicht in Frage kommt. Der Zweck bzw. das Ziel heiligt nicht jedes Mittel, auch wenn der Wunsch noch so dringlich ist.

Dagegen muss kein Mitglied der Gemeindevertretung und des Gemeindevorstandes persönlich für falsch eingeschätzte Risiken und daraus resultierenden Fehlentscheidungen gerade stehen. Schlimmstenfalls werden sie nach fünf Jahren nicht wiedergewählt. In diesem Zeitraum könnten die Gemeindefinanzen aber ruiniert sein. Ein riskantes Spiel, das die Bürgerinnen und Bürger unserer Gemeinde ausbaden müssen.

Das Projekt Umgehungsstraße ist von der Mehrheit der Gemeindevertretung beschlossen worden. CDU, SPD und FDP haben sich zu einem Zeitpunkt in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre grundsätzlich für die Umsetzung entschieden, als sich die Kostenschätzungen um 5 Millionen Mark bewegten. Mit der Zustimmung zum Haushalt 2002 am 24. Januar 2002 werden jetzt 14 Millionen Mark akzeptiert, ohne das Projekt erneut auf den Prüfstand der Wünsche und Möglichkeiten der Gemeinde Bickenbach zu stellen. Keine Fraktion kommt auf die Idee, im Vorfeld einer solchen Entscheidung mit erheblichen finanziellen Auswirkungen die Bürgerschaft, das heißt die Geldgeber, zu fragen, ob das Projekt auch unter den neuen Gegebenheiten und Erkenntnissen noch umgesetzt werden soll. Die Bürgerversammlung wurde erst für den 1. Februar 2002, also nach dem Haushaltsbeschluss einberufen mit dem Thema Neugestaltung des Friedhofs.....

Wie wird uns diese Politik von der neuen Mehrheit in der Gemeindevertretung, der Koalition aus CDU und FDP verkauft? " Die sieben fetten Jahre sind für unsere Gemeinde vorbei, wir stehen jetzt vor mageren Jahren' , erläuterte Martini die finanzielle Situation." "Der

Bürgermeister stellt fest: 'Mit dem neuen Etat wird unsere Rücklage von fünf Millionen Euro fast völlig aufgebraucht.' " " 'Alle anderen Bickenbacher Projekte können im neuen Jahr nicht ausgeführt oder begonnen werden' erklärte Martini. Dazu gehörten der Rathausplatz und der Gewölbekeller unter dem Rathaus, das neue Bürgerhaus und der Anbau an das Feuerwehrgerätehaus." " 'Wir ( ) wollen die Bürger nicht durch weitere Steuererhöhungen belasten', betonte Bürgermeister Martini. Er verwies darauf, dass Bickenbach die Vorhaben möglichst ohne Kreditaufnahme finanzieren wolle." (alle Zitate aus Darmstädter Echo, 7.12.2001) "Neue Mehrheit in Bickenbach will sparen – Heftige Diskussion im Parlament: Projekte werden vertagt" (Darmstädter Echo, 8.12.2001)

Die Entwicklung der Gemeindefinanzen ist aber kein Ergebnis alttestamentarischer Plagen - sozusagen eine Strafe Jahves, sondern hausgemacht. Das Geld wird ja mit vollen Händen ausgegeben, vor allem für Auto und Verkehr. Für die Umgehungsstraße, Auf der alten Bahn und den Gärtnerweg sowie Bahnhofsvorplatz (Park and Ride) stehen zusammen 3,78 Mio. Euro zu Buche. Die dafür verplanten Ausgaben des Jahres 2002 sind doppelt so hoch, wie das Volumen eines 'normalen' Vermögenshaushaltplanes der Gemeinde im vergangenen Jahrzehnt. Mit dem Nachtragshaushalt 2001 waren im Dezember mal eben noch schnell 300.000 Mark für den Parkplatz gegenüber dem Sportplatz ausgegeben worden. Dafür wird die Rücklage im Jahr 2002, also in einem Jahr auf 'Null', das heißt bis auf den Mindeststand heruntergefahren. Schon jetzt wird entgegen der Presseerklärungen -im Vorbericht zum Haushalt 2002- angekündigt, im Jahr 2003 einen Kredit im Umfang von knapp einer halben Million Euro aufnehmen zu wollen/müssen. Ist das die solide Politik der politischen Kräfte mit angeblicher Wirtschafts- und Finanzkompetenz ?

Der Gemeindevorstand erklärt der Bürgerschaft -ebenfalls im Vorbericht zum Haushalt 2002- die Notwendigkeit von Ausgabedisziplin und die Absicht, alle freiwilligen Leistungen zu überprüfen. Selbst geht er aber nicht mit gutem Beispiel voran. So steigen die Ausgabebetitel im Querschnitt aller Einzelpläne für Geschäftsausgaben im Haushaltsplan 2002 gegenüber dem Rechnungsergebnis für das Jahr 2000 um rund 11.300 €, für Veranstaltungen und Repräsentation um 7.100 €. Direkt bezogen auf den Gemeindevorstand steigen die Kosten im gleichen Zeitraum um rund 19.500 € und die Verfügungsmittel für Bürgermeister und dem Vorsitzenden der Gemeindevertretung um 2.590 €.

In der Sitzung Gemeindevertretung am 24. Januar 2002 bemühten sich gerade mal 4 von 25 gewählten Mitgliedern, zum vorgelegten Haushaltsentwurf Stellung zu beziehen. Die Verdoppelung der geplanten Gesamtausgaben für die Umgehungsstraße binnen eines Jahres wurde lediglich am Rande gestreift. Stattdessen wurde sich heftig um 'Spielregeln' gestritten, nämlich wann die Opposition gefälligst Änderungsanträge zum Haushalt einzubringen habe. (Scheinheilig wurde der Eindruck erweckt, dass man sich ernsthaft mit den Vorschlägen der SPD auseinandergesetzt hätte, wären diese eine Woche früher eingebracht worden.) Die Verantwortung für die Haushaltspolitik liegt aber bei allen 25 Mitgliedern der Gemeindevertretung und dem Gemeindevorstand.

Liebe Leute, es geht um unser aller Geld.